

Mit den Landwirten neue Pfade entdecken

in: Junge Kirche 2/2020 S. 20-22

Landwirte zwischen allen Stühlen

Herbst 2019: In den Medien sind bizarre und verstörende Bilder zu sehen. Mitten auf dem Acker steht ein großer Traktor um den herum sich etwa 30 junge Menschen, offensichtlich Klimaaktivisten, versammelt haben, um den Landwirt an seiner Arbeit zu hindern. Dieser sitzt eher ratlos in seiner Kabine und liest demonstrativ in einer Zeitung. Es ist ein feindseliges Szenario, in der eine Kommunikation offensichtlich nicht mehr stattfinden kann.

Ein Tag zuvor: Hunderte von Traktoren blockieren zwischen Lüneburg und Hamburg die Autobahn. Sie demonstrieren gegen die neueste Düngeverordnung und gegen die Gängelung der Landwirte durch Bundesregierung. Vermutlich ist der Landwirt, der am folgenden Tag von den Jugendlichen belagert wird, auch unter diesen Demonstranten.

Die Landwirtschaft scheint sich von der Gesellschaft entfremdet zu haben. Sie sitzt nun zwischen allen Stühlen. Von der Regierung fühlt sie sich verlassen und von vielen Bürger*innen wird sie geradezu angefeindet. Was spielt sich hier ab? Wie konnte es dazu kommen, dass Landwirte, die, wie wohl keine andere Berufsgruppe, das Rückgrat unserer Gesellschaft als Kulturpfleger, Naturgestalter und Produzenten unserer Lebensmittel bilden, einen derartigen Imageverlust hinnehmen müssen?

In der Tat kann man schnell einige Fakten anführen, bei denen die konventionelle Landwirtschaft nicht gut aussieht. Die Landwirtschaft trägt mit der Massentierhaltung, den Monokulturen, den riesigen Gülleseen, dem reichlichen Düngemittleinsatz und den Sojaimporten erheblich zu den Umweltproblemen und der Klimaerwärmung bei. Ganz zu schweigen von den ethischen Problemen, die die Massentierhaltung mit sich bringt. Das weiß mittlerweile jedes Kind.

Gleichzeitig muss man einräumen, dass die Landwirte Opfer einer gesamtgesellschaftlichen ökonomischen Weichenstellung geworden sind, die sie nicht zu verantworten haben. Die Regeln eines weltweit kapitalgetriebenen Marktes treiben die Landwirte erbarmungslos vor sich her.

- Der Weltmarkt drückt die Preise gnadenlos nach unten. Qualität und Naturschutz bleiben in diesem Konkurrenzkampf auf der Strecke. Und so kostet ein Kilo Fleisch gerade mal 1,29€ in irgendeiner Supermarktkette.
- Grund und Boden sind zu einem weltweit geschätzten Spekulationsobjekt geworden, was die Bodenpreise bzw. Bodenpachten ständig nach oben treibt und dadurch die Produktionskosten der Landwirte erheblich nach oben treibt.
- Vier großen Handelsketten beherrschen gut 85% des Marktes. Sie haben die Macht, die Landwirte nach Belieben vorzuführen. Für mediales Aufsehen erreichte bspw. die

Praxis, dass die Abnehmer große Mengen Gemüse bestellen und dann am Morgen der Lieferung die Bestellung wieder stornieren. Die Landwirte bleiben auf ihrem Gemüse sitzen. Auch wenn die Bundesregierung hier einen Riegel vorschiebt, ändert dies nichts an den Machtverhältnissen und der ausbeuterischen Praxis zwischen „David und Goliath“ (Zitat Ministerin Klöckner).

- Die Verbraucher*innen reden zwar gerne von Biowaren und dem Schutz der Umwelt kaufen an der Kasse aber lieber billig ein.

Bei all diesen Geschehen verdrückt sich die Politik zunächst einmal in die Büsche, wäscht ihre Hände in Unschuld und verweist auf die Gesetze des Marktes. Wenn die Landwirte dann, vertreten durch den Bauernverband, offiziell protestieren, rücken die Regierungen nach zähen Verhandlungen mit Subventionen heraus, die die ganze Angelegenheit aber noch verschlimmern, da sie vor allem die großen – auf den Export angewiesenen – Agrarbetriebe fördern. Eindeutiger Verlierer dieses Kuhhandels sind die Nutztiere und die Natur.

Strategien zum Überleben

Will ein Landwirt in dieser Gemengelage überleben, muss er den Druck weitergeben an seine Tiere und seinen Boden und beides auspressen wie eine Zitrone – sonst ist das Ende seines Hofes besiegelt. Die Zahl der Landwirte, die diesem Druck nicht mehr standhalten wollen oder können, ist immens. In den letzten zwanzig Jahren hat sich die Zahl der Höfe halbiert. Von den noch verbliebenen Betrieben wirtschaftet die Hälfte im Nebenerwerb – weil das Einkommen aus der Agrarproduktion nicht mehr ausreicht. Die letzte offizielle Betriebszählung aus dem Jahr 2016 meldet für Deutschland noch 275.000 Landwirtschaftsbetriebe. Soll ein Hof noch rentabel arbeiten gelten 200 ha als Mindestgröße. „Wachse oder Weiche“ dies ist die allgemein anerkannte Überlebensstrategie unter den Landwirten. Steuert die Politik nicht entschlossen um, wird sich das Höfesterben ungebremst fortsetzen. Laut einer Studie der DZ Bank wird es im Jahr 2040 in Deutschland nur noch 100.000 Höfe geben. Politik und Gesellschaft tun derzeit jedenfalls alles dafür, dass es auch so kommt - auch wenn sie das Gegenteil sagen. (Quelle: agrarheute.com)

Die ehemals bäuerliche Landwirtschaft hat sich unter dem globalen Wettbewerbsdruck in den letzten Jahrzehnten zunehmend in eine Agrarindustrie, die sich nach den Regeln einer x-beliebigen Industriebranche aufstellen muss, gewandelt. Wenn sich dieser Trend fortsetzt, es also in erster Linie um Profitabilität, schlanke und arbeitsteilige Produktion und Steigerung des Exports geht, haben (fast) alle verloren: die Konsumenten (durch die Aufnahme minderwertiger landwirtschaftlicher Produkte) die Tiere, die Natur und nicht zuletzt die Mehrzahl der Landwirte. Gewinner sind die Landwirte, die sich im Wettbewerb behaupten konnten, falls ihnen ihr Beruf dann noch Freude bereitet, und die Kapitalanleger, die vielfach nie im Leben einen Stall ausgemistet haben dürften. Der Preis für diese Art des Wirtschaftens ist allerdings hoch. Entsetzliches Tierleid, Wirkungsverlust von Antibiotika, belastetes Grundwasser, verseuchte Meere, globale Erwärmung, Wüstenbildung, Klimaflüchtlinge, Dürresommer, Verlust der Bodenfruchtbarkeit, dramatischer Artenverlust, Verlust der Kontrolle über unsere Ernährung, Privatisierung und Patentierung des Saatgutes und der Nutztiere. Klimaaktivisten und Tierschützer haben allen Grund Alarm zu schlagen. Die Frage ist, ob sie auf die richtigen im Visier haben, wenn sie sich auf die Landwirte konzentrieren.

Grenzen des Marktes

Der Trend zur Bildung großer industriell betriebener Agrarunternehmen ist nicht die Idee einiger geldgieriger Landwirte. Er ergibt sich vielmehr aus der Logik unserer wettbewerbsorientierten Wirtschaftsweise. Leider ist die kapitalistische Marktwirtschaft schrecklich phantasielos und eindimensional, wenn es um kreative sachorientierte Lösungen geht. Lösungen sind nur dann gut, wenn sie zu einer ansehnlichen Rendite führen. Die Welt ist aber weitaus komplexer. Es wird immer deutlicher, dass wir Bürger*innen, in dem wir uns nunmehr in nahezu allen Bereichen auf das „Spiel der Marktkräfte“ eingelassen haben, uns dadurch zu den Getriebenen dieses Instruments machen lassen. Die Logik eines auf Profit ausgerichteten Marktes bestimmt unser Zusammenleben - nicht nur in der Landwirtschaft. In einem Interview in der Zeit (27.2.2020) formuliert der Friedensnobelpreisträger Mohammed Yunus „Am Klimawandel sind nicht etwa schlechte Menschen schuld, sondern ein schlechtes Wirtschaftssystem, das diejenigen belohnt, die ihre Profite um jeden Preis maximieren.“ Diese Logik mag uns viele Vorteile und riesige Fortschritte beschert haben, durch ihre immanente Wachstumslogik treibt sie die Welt aber derzeit in eine Katastrophe.

Was wollen wir eigentlich?

Es ist an der Zeit, dass wir Bürger*innen uns ernsthaft überlegen, was wir eigentlich wollen? Glaubt man den Umfragen, spricht sich eine große Mehrheit der Bürger*innen für eine ökologisch nachhaltige und sozial gerechte Leben auf diesem Planeten aus. Konkret für den hier zur Diskussion stehenden Bereich der Landwirtschaft: Wie können und müssen wir unsere Landwirtschaft organisieren, damit dieses Ziel erreicht werden kann?

Die Frage, wie wir unsere Ernährung regeln, ist eben anders zu beantworten als die Frage, wie wir T-shirts oder Autoreifen produzieren. Landwirte und Gesellschaft hängen eng zusammen, und es ist verhängnisvoll, wenn sie sich entfremden. Wenn wir die Verantwortung für unsere Ernährung einfach in alter Gewohnheit an den Markt geben, bekommen wir das, was wir jetzt haben. Wir ruinieren uns selber. Eigentlich liegt die Schlussfolgerung nun auf der Hand: Wenn das Instrument offensichtlich nicht taugt, dann muss wir bereit sein, die Finger davon lassen und uns nach Alternativen umschauen. Bei der Frage nach Alternative scheint es aber eine Art kollektiver Lähmung zu geben. Da mag das Instrument noch so dysfunktional sein und fürchterliche Fehlentwicklungen bewirken. Die Gesellschaft (beeinflusst durch die Lobbyisten, Politiker und Ökonomen) hält daran fest. Man möge sich vorstellen ein Ingenieur, ein Handwerker oder ein Arzt würde sich derart beratungs- und lernresistenz zeigen. Wir würden über keine Brücke mehr fahren und kein Haus betreten – geschweige denn zum Arzt gehen können.

Natürlich wird niemand eine Patentlösung aus der Tasche zaubern können. Wenn wir uns aber mal von der Umklammerung der sogenannten Marktgesetze lösen und uns offen auf die die Suche nach angemessenen Lösungen machen, eröffnen sich neue Wege und neue Möglichkeiten, die dann natürlich zu prüfen und zu testen sind. So ein grundlegender Umbau kann nur als ein lernendes System funktionieren und zwar sowohl auf der Produktionsseite als auch auf der Konsumseite. Die Politik ist als Rahmengeber und Förderer dringend in diesem Prozess gefordert.

Neue Wege denken

Ideen, Konzepte und vorbildliche Projekte gibt es reichlich. Es gibt bereits jetzt Landwirte, denen es gelingt, effektive und nachhaltige Wertschöpfungsketten vom Samengut bis zur Verkaufstheke zu organisieren. Ebenso gibt es Konsumenten, die bewusst regional und ökologisch nachhaltige Ernährung kaufen. All dies sind angesichts der von der Politik gesetzten Rahmenbedingungen Nischenbewegungen, die gegen den Strom wirtschaften müssen.

Dabei trägt dieses Verhalten mit großer Wahrscheinlichkeit wesentlich mehr zum Gemeinwohl bei als der von uns favorisierte Weg. Der von der UN herausgegebene Weltagrарbericht weist darauf hin, dass wir langfristig die Ernährung der Bevölkerung nur durch eine Wiederbelebung einer bäuerlichen Landwirtschaft erreichen können. Er formuliert: „ Kleinbäuerliche, arbeitsintensivere und auf Vielfalt ausgerichtete Strukturen sind die Garanten und Hoffnungsträger einer sozial, wirtschaftlich und ökologisch nachhaltigen Lebensmittelversorgung durch hinlänglich widerstandsfähige Anbau und Verteilungssysteme.“ (www.weltagrарbericht.de) Die aus globaler Perspektive gesehenen Vorteile einer bäuerlichen Landwirtschaft liegen auf der Hand: Zunächst können dadurch die erheblichen Kosten (sog. externe Kosten) der derzeit dominierenden industriellen Landwirtschaft wesentlich gesenkt werden. Dann sind bäuerliche Strukturen wesentlich flexibler widerstandsfähiger als großräumige Monostrukturen. Bäuerliche Landwirtschaft kann sich schneller an sich wandelnde Umweltbedingungen anpassen, verlangt weniger Investitionen und ist widerstandsfähiger. Nicht zuletzt kommt eine verbesserte Qualität der Waren der Gesundheit und dem Wohlbefinden aller Menschen zu gute. Die Landwirtschaft arbeitet nun mit der Natur statt gegen die Natur einen Sisyphos-Kampf zu zelebrieren.

Wenn wir das hinbekommen wollen, brauchen wir so etwas wie einen Gesellschaftsvertrag, der eben nicht von den Spielregeln eines kapitalgetriebenen Marktes sondern von den langfristigen Überlegungen einer Gesellschaft, der das Leben auf dem Planeten wichtiger als kurzfristige Renditeentscheidungen sind.

So ein Gesellschaftsvertrag ist erreichbar. Ich möchte hier zwei mögliche sich ergänzende Wege skizzieren.

Weg 1:

Die Geschäftsordnung des Bundestages sieht die Einsetzung einer Enquetekommission vor. Seit Jahren wird die Bildung einer derartigen Kommission gefordert, die ein Leitbild für eine langfristig orientierte Landwirtschaft, die sich an den Bedürfnissen der Menschen und nicht an den Erfordernissen des Marktes orientieren soll. Hier können fachlich qualifizierte Lösungsvorschläge entwickelt werden, deren Ziel es ist, zu Lösungen von Problemen zu kommen, die „eine überwiegende Mehrheit der Bevölkerung mittragen werden“ können. Es ist wohl kaum ein Bereich vorstellbarer, der nach einer solchen Position verlangt als die Landwirtschaft.

Die Enquetekommission wäre ein Element, um einen Prozess anzustoßen, Strukturen zu entwickeln, die uns dabei helfen können, gesellschaftliche Ziele zu verfolgen. Es müssten Gesellschaftsverträge zur Nutztierhaltung, zum Ackerbau, zur Kennzeichnung und zur transparenten Wissensvermittlung ausgearbeitet werden.

Weg 2

All diese Vorschläge und Konzepte müssen natürlich in die Bevölkerung hereingetragen und dort diskutiert und modifiziert werden. Ein Gesellschaftsvertrag ist nicht ohne eine angemessene Beteiligung der Bürger*innen umsetzbar. Auch für diesen Prozess gibt es mittlerweile gut geeignete Verfahren. Auf lokaler Ebene können diese Diskussion in Ernährungsräten, die es bereits in vielen Kommunen gibt geführt und dann bundesweit zusammengeführt werden. Bundesweit kann dieser Gesellschaftsvertrag mit Hilfe von partizipativen und inklusiven Bürgerforen entwickelt werden. Wie diese Bürgerforen funktionieren können, wurde in Deutschland u.a. von Leggewie, Peter Feindt und P.Nanz vorgestellt. In der Praxis hat Irland bei einem Referendum über die Abtreibungsgesetze vorgemacht, wie gut Bürgerforen funktionieren können. Zufällig ausgewählte Personen kommen in diesen Bürgerräten auf kommunaler und bundesweiter Ebene zusammen. An diesen Bürgerforen sind keine Politiker beteiligt, sie werden neutral und professionell moderiert und geleitet. Die Mitglieder müssen die Rolle der Entscheidungsträger übernehmen und können dabei auf einen Expertenbeirat zurückgreifen. Ihre Vorschläge werden dann in einem Referendum dem Volk vorgelegt. Für die Erarbeitung parteiübergreifender Lösungen für komplizierte gesamtgesellschaftliche Probleme sind neutrale Gremien wie die oben beschriebenen Bürgerräte von einem kaum zu überschätzenden Wert.

In Deutschland arbeitet derzeit eine Bürger*innen und Wissenschaftler*innen gegründete Initiative bürgerrat (<https://www.buergerrat.de>) an einer bundesweiten Einführung derartiger Bürgerräte.

Aussicht:

Es scheint keinesfalls unmöglich, die Landwirtschaft wieder in die Mitte der Gesellschaft holen und ihr die nachhaltige Ernährung von uns Bürger*innen anvertrauen. Wir müssen es nur wollen und bereit sein, uns auf neue Wege einzulassen. Davon werden nicht alle begeistert sein. (Vor bei denjenigen, die von dem jetzigen System profitieren, wird sich die Begeisterung in Grenzen halten.) Angesichts der derzeitigen sehr kritischen Lage haben wir dazu die besten Voraussetzungen.

Es gibt bereits jetzt viele Landwirte und Konsumenten, die gegen den Strom und gegen die Rahmenbedingungen neue Wege beschreiten, Nischen nutzen und nachhaltig produzieren und konsumieren. Der Marktanteil dieser Produzenten liegt aber immer noch bei 10 %. Als Konsumenten und vor allem als politisch denkende Bürger, können wir viel tun, um diesen Marktanteil zu erhöhen.